

Kosovo: Unternehmerreise ins neue Land

Globalisierte Unternehmensumsätze beschränken sich nicht auf die mittleren und großen Volkswirtschaften. Manches hochprofessionelle Unternehmen erreicht überdurchschnittliche Deckungsbeiträge in Nischen.

Seit seiner Unabhängigkeit vor gut einem Jahr unternimmt die Republik Kosovo im Süden Serbiens große Schritte in Richtung Rechtsrahmensetzung und fiskalischer Anreize für Investitionen. Ein Standortführer kann telefonisch bei Spelleken Assoc., Alzenau, bestellt werden oder direkt bei fippl@spellekenassociates.de

Vom 19. bis 22.4.2009 findet mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) eine Unternehmerreise nach Kosovo statt. Authentische Infos und Einblicke, Treffen mit Regierungsvertretern und objektive Tipps über alle Branchen machen diese Reise zu einem Schnellstart für KMU.

Rumänien: umfassende Finanzierungshilfe beantragt



Die rumänische Regierung hatte in einem Schreiben an die EU-Kommission offiziell die Aufnahme von Verhandlungen für eine Finanzierungshilfe beantragt. Die Höhe des Betrags wurde in Gesprächen mit den Vertretern der EU und des Internationalen Währungsfonds (IMF) nun auf 19 Mrd. € festgelegt. Sieben Mrd. € werden von der EU und zwölf Mrd. € vom IMF bereitgestellt werden.

Kontroverse Gespräche über die Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit einer Kreditaufnahme wurden innerhalb der grossen Koalition in Bukarest zwar geführt. Namhafte Vertreter der Koalition bezweifeln die positive Wirkung dieser Finanzierungshilfe und befürchten eine wirtschaftliche Stagnation.

Präsident Basescu plädierte aber vor dem Parlament für eine Finanzierung von außen als „Sicherheitsgurt“ für die rumänische Wirtschaft. Die Staatsverschuldung sei nicht hoch, die Schulden der Privatwirtschaft jedoch signifikant. Die Finanzstütze sei ferner nötig, um das Defizit in der Leistungsbilanz zu finanzieren.

Eine scharfe Reaktion kam vom Liberalenchef und Oppositionsführer Popescu-Tariceanu (ehemaliger Ministerpräsident von 2004 bis 2008). Rumänien habe kein Abkommen mit dem IMF nötig, das Problem liege bei der privaten Verschuldung. Diese könne jedoch nicht durch IMF-Gelder gedeckt werden.

Russland: Projektstart für Spelleken Assoc. im größten Land Osteuropas

Im der mit Abstand größten osteuropäischen Volkswirtschaft starten Spelleken Assoc. mit öffentlichen und privaten Neuaufträgen. Mit den bewährten Russlandexperten Ernst-Thilo Roetger, Hamburg, und Dr. Bernd Vogel, Leipzig, können deutsche Mittelständler jeglicher Branche fortan auf praxisnahe, kleinteilige Expertise hoffen.



Den Auftakt macht eine vom BMWi geförderte Unternehmerreise in die Republik Komi und die Region Archangelsk. Komi lockt als übersichtlicher Standort Unternehmen der Holzverarbeitung und des Maschinenbaus sowie der Technologien zur Öl- und Gasförderung. Archangelsk bietet mit dem

großen Nordmeerhafen interessante Chancen für Logistiklösungen. Mehr über die Reise vom 19. bis 23.7.2009 auf www.spellekenassociates.de

Ukraine: Politische Instabilität schadet Wirtschaft



Dramatisch verschärft wird die ukrainische Finanzkrise vor allem durch die hohe Inflation und die anhaltende politische Instabilität. Nach Ansicht von Experten hat die weltweite Finanzkrise derzeit zwar nur begrenzte Auswirkungen auf den ukrainischen Aktienmarkt. Gründe dafür sind dessen bisher mangelhafte Entwicklung und die internationale Verflechtung des ukrainischen Kapitalmarktes. Gleichwohl warnen Fachleute vor fundamentalen Risiken für die ukrainische Wirtschaft. Die ukrainische Wirtschaft leidet nicht nur unter hoher Inflation und einem zunehmendem Zahlungsbilanzdefizit,

sondern auch unter der sprichwörtlichen politischen Instabilität. Das Bild zeigt die Nationalbank in Kiew.

Während Präsident Juschtschenko die Annäherung an die EU sucht und regelmäßig die Vertragsbindung mit Russland im Bereich der Energielieferungen zu unterlaufen versucht, bastelt die Ministerpräsidentin Julia Timoschenko an einer Balance in den Beziehungen zu Russland. Der große Nachbar selbst wiederum reagiert sensibel und allergisch auf jegliche außenpolitischen Emanzipationstendenzen.